

Medieninformation

Hofheim, 3. September 2024

„Planung von Rhein-Main-Link überarbeiten“

Cyriax bekräftigt bei Bundesnetzagentur Kritik an geplanter Stromtrasse

Der Main-Taunus-Kreis begleitet das Projekt Rhein-Main-Link weiterhin äußerst kritisch. Um ein weiteres Mal mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass der Main-Taunus-Kreis erhebliche Bedenken gegen die aktuelle Planung hat, hat Landrat Michael Cyriax sich erneut an die Bundesnetzagentur gewandt. In einem Brief macht er klar, dass die Einwände aus dem Kreis bisher ignoriert worden seien.

Konkret fordert der Landrat dazu auf, die Trasse entlang bestehender Verkehrswege wie Autobahnen zu führen, die Kulturlandschaft des Main-Taunus-Kreises zu schonen und wertvolle, fruchtbare Ackerflächen zu erhalten, die Weinberge, die kulturell und wirtschaftlich von größtem Wert seien, generell auszusparen und die benötigten Konverteranlagen auf bestehenden Industriebrachen zu errichten.

Die Planungen müssen nach der Forderung von Cyriax noch einmal überdacht und alternative Routen und Standorte gefunden werden. Ansonsten drohe dem MTK als flächenkleinstem Kreis eine unverhältnismäßige Belastung, und die Existenz von Landwirten und Winzern wäre bedroht.

„Hier wird der MTK zum Stromnadelöhr der Republik“, fasst Cyriax den Tenor des Briefes zusammen. „Die Umweltschäden drohen den Nutzen bei der Energiewende aufzuzehren. Da wird Energiepolitik auf dem Rücken der Natur und der Menschen gemacht.“

Der Kreis habe konstruktive Vorschläge für eine andere Trassenführung gemacht, „die aber wurden von der Bundesnetzagentur nicht aufgenommen. Da stellt sich schon die Frage, ob das gesamte Beteiligungsverfahren nur eine Show ist“, kommentiert der Landrat seinen neuen Vorstoß.

Zwar habe das Unternehmen Amprion eine alternative Trasse ins Spiel gebracht, deren Auswirkungen aber noch schlimmer seien. So sei zum Beispiel die vorgeschlagene Untertunnelung des landschaftlich und historisch bedeutsamen Kapellenbergs „höchst fragwürdig“.

Im laufenden Jahr hatte der Kreis mit Unterstützung der Kommunen sowie des Bundestagsabgeordneten Norbert Altenkamp und des Landtagsabgeordneten Axel Wintermeyer die Kritik von heimischen Landwirten und Winzern unterstützt, zuletzt in einer Stellungnahme im Mai.

Im Wortlaut:

Stellungnahme zum geplanten Energiekorridor „Rhein-Main-Link“

Sehr geehrter Herr Müller,

anlässlich der Antragskonferenzen zum „Rhein-Main-Link“ möchten wir ein weiteres Mal mit Nachdruck unsere Bedenken zur aktuellen Planung wiederholen. Leider sehen wir nicht, dass unsere bisherigen Vorschläge und Einwände berücksichtigt wurden.

Wir fordern:

- Trassenführung entlang der BAB / Öffnung des Präferenzraumes

Die derzeit geplante Trassenführung durch unseren Landkreis ist nicht nachvollziehbar. Es ist in allen Belangen verträglicher, den Verlauf der Trasse entlang bestehender Verkehrswege, wie beispielsweise Autobahnen, zu planen. Zumal die politische Vorgabe der Erdverkabelung auch aus finanziellen Gesichtspunkten zu hinterfragen ist. Den erheblichen Einschnitten in unsere Natur- und Landschaftsräume soll teilweise mit aufwändigen und kostenintensiven Lösungen begegnet werden. Hier sei beispielhaft die Untertunnelung des Kappellenberges genannt. Der Vorschlag, die Stromtrasse entlang der Autobahn A3 bis zum Mönchhof-Dreieck und von dort nach Süden entlang der Autobahn A67 zu legen, wurde als Alternative bereits unterbreitet.

Der für uns aus nicht nachvollziehbaren Gründen verengte „Präferenzraum“ im Bereich zwischen Königstädten und Groß-Gerau ist auf das übliche Maß zu öffnen, um eine alternative Trassenführung zu ermöglichen.

- Keine Trassenführung durch die Weinberge

Besonders beunruhigt sind wir darüber, dass die geplante Stromtrasse durch die renommierten Weinberge Hochheims geführt werden soll. Hier produzieren die Winzer seit Jahrhunderten Spitzenweine! Unstreitig wird Weinbau auf der geplanten Trasse nicht mehr möglich sein, weil ein ca. 40 Meter breiter Schutzstreifen dauerhaft in der Nutzung eingeschränkt bleiben wird, um die Erdkabel zu schützen. Hinzu kommen Veränderungen der Bodenstruktur durch Verdichtung und Bodenaushub bei der eigentlichen Trassenverlegung, wodurch die Bodenqualität dauerhaft verändert wird.

Die derzeitige Trassenplanung stellt eine Existenzbedrohung für die Familien geführten Unternehmen dar, die dort seit Generationen Weinbau betreiben. Mit der Trassenführung durch die Weinberge geht zudem auch eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes unterhalb der historischen Altstadt, mit der katholischen Pfarrkirche St. Peter und Paul als prägender Landmarke, einher.

Es wird von Seiten des Vorhabenträgers Amprion zwar angedeutet, dass eine schonende aber kostenintensivere Lösung für die Trassenverlegung an den Weinbergen in Hochheim geprüft wird. Eine Lösung, die den Weinbau nicht beeinträchtigt, ist zwingend erforderlich. Diese Lösung muss verbindlich sein und die Umsetzung klar kommuniziert werden, um den Winzern an dieser Stelle Sicherheit zu bieten. Das ist derzeit nicht der Fall. Die aufgrund der vorgebrachten Bedenken entwickelte Trassenalternative verschlimmbessert die Situation sogar. Es droht der Verlust von bis zu 65 Hektar (!) bester Weinbaufläche und die Vernichtung von Existenzen. Es wäre zu prüfen, ob nicht durch Freilandkabel sensible Gebiete umgangen werden könnten.

- Schutz landwirtschaftlich wertvoller fruchtbarer Flächen

Durch die aktuell geplante Trassenführung wird nicht nur der Weinbau existenziell bedroht. Auf dem Gebiet des Main-Taunus-Kreises befinden sich für die landwirtschaftliche Nutzung hochwertige Böden, diese erreichen auf den einschlägigen Flächen Wertzahlen von bis zu 80-90. Die geplante Trasse führt durch eben dieses fruchtbare Ackerland und nutzt bestens zu bewirtschaftende Flächen. Die Trasse zu den Umspannwerken muss durch weniger gute Böden geführt werden, statt

diese wertvollen Flächen zu nutzen. Es ist unverantwortlich, die Landwirtschaft vor Ort derart massiv zu belasten und auch hier die Existenzgrundlagen der heimischen Landwirte zu gefährden.

- Bündelung von Projekten wie Rhein-Main-Link / Ultranet

Sofern die Trassenführung nicht an bestehenden Verkehrswegen entlanggeführt werden kann, ist jedenfalls eine Bündelung mit anderen großen Stromvorhaben notwendig, um die Eingriffe in unsere Flächen so gering wie möglich zu halten. Für sich betrachtet haben alle Vorhaben ihre Berechtigung, im Gesamten führen sie allerdings zu einer unzumutbaren Belastung unseres Landkreises. Die massive Inanspruchnahme unserer Flächen für die Stromversorgung der Region stellt keine faire Lastenverteilung dar! Der Main-Taunus-Kreis darf nicht zum Elektrizitätswerk der Region degradiert werden.

- Konverterstationen auf Industriebrachen

Nicht nur die geplante Stromtrasse selbst belastet den Main-Taunus-Kreis und die vor Ort stattfindende Landwirtschaft in erheblicher Weise. Die beiden geplanten Konverterstationen in Hofheim und Kelkheim/Liederbach sind derzeit ebenfalls im Außenbereich und damit auf fruchtbarem Ackerland angedacht und gefährden bei Verwirklichung ebenfalls die Existenzgrundlage der Landwirte. Der Wegfall von 10% der zu bewirtschafteten Fläche stellt bereits ein kritisches Maß dar. Die beiden geplanten Konverterstationen werden jeweils bereits etwa 10 Hektar Land in Anspruch nehmen. Aufgrund der schieren Größe der Konverterstationen muss die Standortwahl sensibel erfolgen, denn sie verbrauchen nicht nur den fruchtbaren Boden, auf dem sie errichtet werden, sondern beeinträchtigt auch die Nutzung der umliegenden Flächen erheblich. Auch das Erscheinungsbild unserer Region wird an diesen Standorten unwiderruflich zerstört.

Sie hatten als Antwort auf unser letztes Schreiben mitgeteilt, dass Ihnen Akzeptanz für das Projekt wichtig sei und auf die kommenden Beteiligungsmöglichkeiten hingewiesen. Ich hoffe, dass die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Kommunen und des Landkreises dazu genutzt wird, unsere Vorschläge nunmehr aufzugreifen und Alternativen zu dem jetzigen Planungsstand zu ermitteln. Andernfalls würde die Beteiligung der Öffentlichkeit nur einen einseitigen Zweck verfolgen, nämlich die Beschwichtigung der Betroffenen.

Ich bitte Sie daher, die Planung grundlegend zu hinterfragen und alternative Routen und Standorte ernsthaft in Erwägung zu ziehen oder eine Ausführung zu garantieren, die unsere Flächen weiterhin nutzbar lässt.

Auch wenn es sich um ein für die deutsche Energiepolitik bedeutendes Projekt handelt, sollte es nicht ohne Optimierung zulasten der Menschen, der Natur und Kultur unserer Region umgesetzt werden. Das energiepolitische Ziel, Windenergie von der Nordsee im Land nutzbar zu machen, darf nicht dazu führen, die Umwelt, die Landwirtschaft und mittelständische Betriebe zu gefährden.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Cyriax
Landrat